

Haushaltsplanberatungen 2013

Rede des Fraktionsvorsitzenden zur Haushaltsverabschiedung Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen, verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

sind Tierfreunde unter uns?

Wer kennt Sie nicht, die drei Affen.....



Leider kein Beamer hier..also bring ichs auf die Kurzformel:

Ohren, Augen, Nase dicht

Was hier bald droht, interessiert uns nicht....

Ist das das Rezept für Ennigerloh?

Wohl kaum...

Der **Bürgermeister** hat es in seiner Einbringungsrede im Dezember in zarten, fast untergehenden, Worten angedeutet:

-Wie lange spielen die Banken noch mit?

Gemeint ist die Gemeindefinanzierung..

-1% Zinssteigerung bedeuten in 2016 200.000 € extra

-die Anhebung der Grundsteuer B um 100%-Punkte brächte Mehreinnahmen von 650.000 €

Das entspräche einer Anhebung von knapp 20%.

-und: der Haushalt sei auf Kante genäht und schrappe knapp am Haushaltssicherungskonzept vorbei

Was ist der Istzustand:

-**strukturelles Defizit** 2013 5 Mio €, in den Folgejahren rund 2,4 Mio €

Nach und nach wird die Allgemeine Rücklage weggeknabbert.

-der **Überziehungskredit steigt** von 3,6 Mio in 2013 um 6 Mio auf 9,6 Mio €, in 2016 dann voraussichtlich **auf 20 Mio €**

-Wir haben NOCH extrem niedrige Kassenkreditzinsen

-Wir bekommen NOCH zu DIESEN Konditionen Bankengeld

-die Steuern werden nicht erhöht

Aber:

-die Banken haben begonnen, die Kommunen zu raten

-ein Anstieg der Kassenkreditzinsen von 1% auf 4% bedeuten 600.000 € Mehrbelastung für den Ergebnishaushalt

-ein Ende dieser desaströsen Entwicklung ist nicht abzusehen. Es ist nicht erkennbar, dass wir 2020 nicht bei 30-40 Mio € Kassenkreditschulden mit steigenden Belastungen für den Ergebnishaushalt (dann 3,5-4 Mio € durchschnittliches Defizit) landen werden.

-an eine Rückzahlung dieser Schulden ist überhaupt nicht zu denken

Und:

Das Land Nordrhein-Westfalen zieht das Geld, dass der Bund zu unserer Entlastung beisteuert (in 2013 75 % Übernahme der Grundsicherung im Alter, ab 2014 100%, das macht für den Kreis Warendorf in 2014 rund 12 Mio € aus), **aus dem ländlichen Raum ab und gibt es den Großstädten.**

Dadurch allein dürften uns aktuell mindestens 1 Mio € weniger Schlüsselzuweisungen erreichen als zu Zeiten der CDU-FDP-Landesregierung.

Mehr dazu später.

Fazit:

Das durchschnittliche strukturelle Defizit Ennigerlohs i.H.v. noch 2,5 Mio € geht zwar zu 1 Mio auf die Kappe der rot-grünen Landesregierung, doch es bleiben noch 1,5 durchschnittliche Millionen zu decken.

Es droht ein zukünftig noch größeres Loch und der Glaube und die Hoffnung allein bringen uns nicht weiter.

Wollte man das strukturelle Haushaltsdefizit ausgleichen, ginge das nur über 2 Wege:

1. Drastische Steuererhöhungen
2. Drastische Einsparungen bei den laufenden Kosten in Kombination mit maßvolleren Steuererhöhungen, denn Einsparungen alleine bei den laufenden Kosten würden nicht reichen.

Das hieße im Klartext zum Beispiel:

Beide Bäder schließen: 1 Mio

Alte Brenne mit Einrichtungen schließen: 200.000

Jugendzentrum schließen: 200.000
Steuererhöhungen: 1 Mio

Diesen drastischen Weg beschreitet dieser Haushaltsplan (noch) nicht. Es würde ein Aufschrei durch die Bevölkerung gehen, denn Ennigerloh würde ein Gutteil seiner Infrastruktur verlieren.

Und wer, sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, will schon kurz vor der Kommunalwahl den schwarzen Peter haben?

Sie, verehrter Herr Bürgermeister, haben sich deshalb **bei Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs am Nichtüberschreiten der Haushaltssicherungsgrenze orientiert.**

Ihr Entwurf enthält kaum Investitionen, diese sind in der beigefügten Liste 3, mit Freibadsanierung zusammen rund 9,2 Mio €.

Daneben rund 60.000 € nicht enthaltene freiwillige Strukturleistungen an Vereine, Verbände, Ehrenamt etc..

Das ist auch o.k.

Denn der Haushalt könnte diese Investitionen gar nicht stemmen, ohne ins HSK abzurutschen. Spielraum wäre eh nur für ein oder zwei dringend notwendige Maßnahmen.

Gerade vor diesem Hintergrund fanden wir es **nicht in Ordnung**, das Sie, der aus gutem Grund diese Investitionen nicht in seinem Entwurf dargestellt haben, andernorts Hoffnungen schürten, dass doch mehr machbar sei, als tatsächlich ist. So kam es jedenfalls nicht nur uns vor.

Auch, dass Ratsvertreter von der Elternschaft bedrängt werden, weil der angeblich bereits lange zugesagte Mensaanbau der Anne-Frank-Schule jetzt Sparbemühungen zum Opfer fiele... Ich wusste von keinerlei Zusagen.

Auch, dass die Feuerwehr den Rat vor Kürzungen bei gesetzlichen und durch die Berufsgenossenschaft vorgegebenen Maßnahmen warnt und mahnt, obwohl die Beurteilung von gesetzlichen Pflichtaufgaben ja Kerngeschäft der Verwaltung und des Bürgermeisters ist.

Davon abgesehen, gehen die Ergebnisse der HH-Beratungen in die richtige Richtung und setzten wichtige Signale für die weitere Vorgehensweise in diesem Jahr:

-Erstellung eines **Raumnutzungskonzepts** zur optimierten Nutzung öffentlicher Gebäude

-Beschleunigung der **Überprüfung der Verwaltungsstruktur** zur Effizienzsteigerung und langfristigen Kosteneinsparung.

Beides ist der CDU-Fraktion sehr wichtig, um das wirklich finanziell Machbare herauszuarbeiten. Wir können uns in diesem Zusammenhang gut vorstellen, sukzessive weitere Bauhofaufgaben wie Winterdienst, Teile des Grünschnitts etc. z.B. in die Hände der Landwirtschaft zu geben.

-das **Signal an den Sport**, dass zukünftig verstärkt Eigenleistung und neue Bescheidenheit gefragt ist. Weder strukturelles Defizit der Stadt noch die Entwicklung des Schuldenstandes lassen anderes zu.

-**Kostensenkungen** und detaillierte Überprüfung in allen Bereichen.

Befindet sich eine Stadt in einer finanziell desaströsen Lage wie Ennigerloh, tun alle Verantwortlichen gut daran, nicht ausschließlich die Kosten zu optimieren, sondern die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und weiter auszubauen. Das betrifft Gewerbegebiete, Verbesserung der Fernstraßenanbindung, schnelle Kommunikationswege. Ohne diese Rahmenbedingungen wird Ennigerloh langfristig Unternehmen, Arbeitsplätze und Menschen verlieren, ein schleichender Niedergang einsetzen.

Das, meine Damen und Herren, verehrter Herr Bürgermeister, haben die allermeisten hier verstanden!

Nur Sie, Herr Wagner, als Sprecher ihrer SPD anscheinend nicht.

Gewerbegebiete und deren optimierter Anschluss ans Fernstraßennetz dienen der Bestandssicherung unserer Betriebe und machen neue evtl. neugierig auf Ennigerloh. Vielleicht haben Sie, verehrter Herr Wagner, ja schlichtweg die Aussagen unserer größten Unternehmer noch vor 2 Jahren zur **Bedeutung des Ostrings** vergessen.

Wie schlecht wäre es Ennigerloh längst gegangen, hätten unsere Vorgänger nicht damals weitsichtig den West- und dann den Nordring gebaut? Straßen, die nicht nur den innerörtlichen Verkehr entlasten, sondern an denen jetzt unsere wirtschaftlichen Lebens-(und Gewerbesteuer-) Grundlagen liegen. So wird auch der Ostring eine Straßenverbindung schaffen, die nicht nur die Menschen in Ennigerloh und Ostenfelde von Verkehr entlastet, sondern die auch zu niedrigeren innerörtlichen Straßenunterhaltungsaufwendungen und schnellerer Anbindung unserer Unternehmen zur A2 führt, damit Gewerbesteueraufkommen sichert. Eine Straße, die sich finanziell selbst trägt und für die wir jetzt noch Chancen haben, Fördermittel zu erhalten.

Gerade, weil sich die Realisierbarkeit der **B475n** aufgrund der überbordenden Umweltvorschriften und Kostensteigerungen von **9 Mio € für eine irrsinnige Kollisions- und Irritationsschutzwand** bei der Neubewertung des Kosten-Nutzen-Faktors in 2013 verschlechtern könnte, empfiehlt es sich umso mehr, den Ostring konzentriert anzugehen.

Verehrter Herr Wagner, wenn Sie etwas für Ennigerloh tun wollen, dann stimmen Sie dem Ostring zu und setzen Sie sich bei Ihren Parteigenossen und grünen Dauerverbündeten in Land und Bund bitte dafür ein, das unsinnige Umweltauflagen nicht noch immer weiter wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land erschweren und Bürgers Steuerlast in die Höhe treiben.

Und, verehrter Herr Kollege Wagner,... setzen Sie sich bitte auch dafür ein, dass die Steuerumverteilungspolitik Ihrer Landesparteiliebe vom kreisangehörigen in den kreisfreien Raum endlich ein Ende findet.

So scheffelt nicht nur die sogenannte **Einwohnerveredelung** beim Verteilungsschlüssel Hauptansatz alleine 600 Mio € Finanzmasse von den kreisangehörigen Gemeinden zu den kreisfreien Städten, obwohl jüngst das Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt die Maßstäbe aus den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts für ungültig erklärt hat. So ist der **Kölner Bürger der Landesregierung 1,57 mal so viel wert wie der Ennigerloher!!!**

Die größte Umverteilung der jüngsten Zeit betrifft jedoch die die **massive Anhebung des sog. Sozillastenansatzes** unter Rot-Grün vom 3,9fachen auf den jetzt 15,3fachen Vervielfältiger für Bedarfsgemeinschaften. 2014 erwarten die Fachleute eine weitere Anhebung auf über 17. Etliche sagen, die Großstädte machten damit mittlerweile ein gutes Geschäft!

So beträgt der Anteil des Sozillastenansatzes mittlerweile 38% der gesamten Schlüsselzuweisungen der Stadt Mönchengladbach, im Gegensatz zu 20 % für Ennigerloh oder 11 % für Wadersloh. Und das trotz des deutlich höheren Hauptansatzanteils wegen der größeren Bevölkerungszahl der Großstädte.

Erschreckend:

Der Anteil des kreis-/städtereionsangehörigen Raums an der GFG-Gesamtschlüsselmasse sank von 52% in 2010 auf 46% in 2013, der Anteil für kreisangehörige Gemeinden an jedem Euro Schlüsselmasse sank von 0,45 € auf 0,37 €.

Dass trotz der Tatsache, dass 58,6 % der Landesbevölkerung in diesem kreisangehörigen Raum leben!

Und mit der geplanten **Abundanzumlage** wird der Umverteilungshorror für den ländlichen Raum weitergehen und auch Ennigerloh als nichtabundante Gemeinde über die Kreisumlage treffen!

Auf diesem Gebiet könnte die SPD Ennigerlohs und des Kreises Warendorf zeigen, dass sie sich wirklich für unsere ländlichen Gemeinden einsetzt!...doch ich höre leider diesbezüglich nichts...

Und in einem weiteren Punkt könnte sich die örtliche SPD, könnten Sie sich, liebe Ratskolleginnen und –kollegen zu meiner Linken, für unsere Ennigerloher Bürgerinnen und Bürger bei der rot-grünen Landesregierung stark machen:

Beim Thema Dichtheitsprüfung!

Hat nicht Ihre Landesvorsitzende, Frau Ministerpräsidentin Kraft, am 23. April 2012 VOR der Landtagswahl gesagt, Sie wolle Ein- und Zweifamilienhäuser von der zwingenden und teuren Prüfpflicht ausnehmen?

Und NACH der Wahl will Frau Kraft nichts mehr davon wissen!!!...

Es gibt Bereiche, wo geprüft werden muss. Aber nicht flächendeckend und ausnahmslos.

Die CDU-Landtagsfraktion und viele Bürgerinitiativen kämpfen für eine praktikable Lösung.

Noch kann das Thema bewegt werden.

Liebe Kollegen der SPD....warum lassen sich ihre Landesparteiliebe bei dem Thema von dogmatischen Grünen am Gängelband durch die Manege führen..? Gegen die Bürgerinnen und Bürger?

Die Eierei, was jetzt wirklich in Gesetzesform gegossen wird, nimmt ja kein Ende. Hier sollte sich die LandesSPD einen Ruck geben!

Sie wollen doch sicher auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Wagner, daß Oma Müller neben ihrer spärlichen Rente noch einen Kredit aufnehmen muss, um die Dichtheitszwangsprüfung bezahlen zu können.

Die Ennigerloher CDU-Fraktion ist jedenfalls froh, dieses jeden Bürger, Unternehmer und Rentner betreffende Thema frühzeitig bewegt zu haben. Auch dafür, dass es jetzt noch nicht im Satzungswege zu verpflichtenden Prüfungen in Ennigerloh kommt.

Dichtheitsprüfung, Umweltauflagen im Straßenbau, ständig neue Anforderungen auch bei Feuerwehr und Rettungswesen...nur einige Beispiele, dass immer höhere Standards auf allen staatlichen Ebenen das Leben und Wirken von Menschen und Unternehmen immer teurer und letztlich unbezahlbar machen...!, das Land wirtschaftlich lähmen und die Ressourcen verbrauchen, die eine überalternde Gesellschaft dringend für infrastrukturelle Anpassungen, Alters- und Gesundheitsvorsorge benötigt, und den Jungen unter uns trotzdem noch Luft zum Atmen lässt.

Es kommt mir so vor, als wäre die Normenüberhöhung ein **Tanz ums Goldene Kalb**, die uns letztlich in den (finanziellen) Untergang führt. Selbstgemacht.

Hier, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Bürgermeister, müssen wir alle Druck auf unsere übergeordneten Organe ausüben, massiven Druck...und uns dort, wo wir es selbst bestimmen können, im **Weniger ist Mehr** üben!

Zurück zu Ennigerloh:

Fest steht:

Es ist nur das Nötigste machbar.

Dazu zählt:

-die **Leistungsfähigkeit der Feuerwehr aufrecht zu erhalten**, denn diese gesetzliche Pflichtaufgabe ist ehrenamtlich immer noch deutlich kostengünstiger als eine Berufswehr

Aus diesem Grund trägt die CDU-Fraktion auch die Planungen für die sukzessiven Sanierungen, Neu- und Umbauten in der Hoest, Ennigerloh und Westkirchen mit.

Angesichts der knappen Mittel ist jedoch eine ausschließliche und **bescheidene Zweckorientierung** bei der Umsetzung geboten und wir werden dies in den Fachausschüssen begleiten.

400.000 oder jetzt 250.000 € für eine schlichte Alarmumkleide in Westkirchen sind für uns jedoch nicht nachvollziehbar. Für 250.000 € kann man heute 2 Reihenhäuser bauen. Hier muss deutlich über Standards nachgedacht werden.

-Auch bei der Erweiterung der **Schulmensa** der Anne-Frank-Schule, die wir mittragen, erwarten wir pragmatische kostengünstige Vorschläge

Folgende Aufgaben und Ziele sind weiterhin unabdingbar:

-**Der Erhalt der Grundschullandschaft in allen Ortsteilen Ennigerlohs hat für die CDU-Fraktion oberste Priorität**, denn ohne Schule stirbt der Ort. Dafür müssen geeignete und langfristige Lösungen in 2013 verankert werden.

-**Sportförderung** wird nur noch bei hohen Eigenleistungen der Vereine machbar sein. Zweckdienlichkeit und Erhalt geht teuren Neubauten vor. Das überarbeitete Sportkonzept soll Vergleichbarkeit der Förderung darstellen und neue Wege aufzeigen.

-Das **Wirtschaftswegenetz** muss kontinuierlich gewartet werden, damit die Kosten nicht irgendwann aus dem Ruder laufen. Aber auch hier werden wir neue Wege gehen müssen. Nicht jeder Wirtschaftsweg ist für die Allgemeinheit notwendig und kann ggf. wieder in die Hände der Landwirte zurückgegeben werden. Wir wollen hier vernünftige **Finanzierungslösungen zusammen mit der Landwirtschaft erarbeiten** und halten den Vorschlag der SPD, den Unterhaltungsansatz von 320.000 auf 50.000 € zu reduzieren, angesichts teilweise deutlichen Sanierungsbedarfs, nicht für sinnvoll.

-Die **Wirtschaftsförderung** ist zu optimieren. Endlich kommt nach Jahren der Aufforderung ein Verwaltungsvorschlag für neue Förderrichtlinien auf den Tisch, den wir interessiert diskutieren werden.

-Bestehende **Bedarflücken beim schnellen Internet sind schnellstmöglich zu schließen** und dafür die bestehenden Förderungen über die Bezirksregierung wahrzunehmen.

Endlich bekommt Ende 2013 auch Ostenfelde ein normales DSL-Netz, von uns aus hätte es gerne schneller gehen können. Wir regen an, dass die Verwaltung bzgl. Ausbau eines flächendeckenden LTE-Netzes Kontakte zu den in Frage kommenden Anbietern aufnimmt, nachdem eine Meldung Ennigerlohs zum Breitbandatlas nicht erfolgt ist.

Denn auch die Landwirtschaft ist zunehmend auf eine moderne Netzgeschwindigkeit angewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit..

Herzlichen Dank auch Ihnen, Frau Lohmann, und Ihrem Team für die geleistete Arbeit.

Die CDU-Fraktion bedankt sich aber auch bei den vielen ehrenamtlich Tätigen, egal in welchem Bereich, für ihr gesellschaftlich hochwirksames und unverzichtbares Tun! Ohne sie und die allgemeine Steigerung freiwilliger Bereitschaft, für unsere Stadt, für unsere Mitmenschen einzustehen, wird das vielschichtige, von uns allen gewohnte Leben in vielen Bereichen nicht mehr möglich sein.

Ehrenamt ist Zukunftssicherung.

Dafür unseren allerherzlichsten Dank und die Zusage der weiteren Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Guido Gutsche